

IN KÜRZE

Kritik am neuen Walliser Richtplan

(sda) · Der vom Kanton Wallis in einem Vorentwurf vorgelegte Richtplan gehe in die richtige Richtung, aber zu wenig weit: Sechs Umweltverbände forderten eine höhere Mehrwertabgabe und verbindlichere Regeln für die Gemeinden. Die Kantone müssen bei der Raumplanung über die Bücher, seit das Schweizer Stimmvolk 2013 das revidierte Raumplanungsgesetz (RPG) annahm. Sie haben bis Mai 2019 Zeit, ihre Baulandreserven zu überprüfen und einen neuen kantonalen Richtplan vorzulegen. Im Wallis ist das ein besonders heisses Eisen, weil der Bergkanton über die grössten Baulandreserven der Schweiz verfügt. Zudem war das neue RPG vom Wallis als einzigem Kanton mit wuchtigen 80,4 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt worden.

Bald rollt der «Léman Express»

(sda) · Die neue S-Bahn, welche ab 2019 das französische Grenzgebiet von Annemasse besser an die Kantone Genf und Waadt anbinden soll, wird «Léman Express» heissen. Das bestimmten knapp 10 000 Personen in einer Internet-Abstimmung. Dieser Name räume mit dem Bild auf, dass die neue S-Bahn nur Genf und Annemasse verbinde, sagte Christian Dupessey von der französischen Grenzregion Rhône-Alpes. Die Bahn sei ein Netz rund um den Genfersee und umfasse auf 230 Kilometern 45 Bahnhöfe in der Waadt, in Genf und in Frankreich.

Prix Caritas an Gabriele del Grande

(sda) · Der Prix Caritas 2015 geht an den italienischen Schriftsteller, Journalisten, Filmemacher und Blogger Gabriele del Grande. Caritas Schweiz ehrt dessen mehrjähriges Engagement im Zusammenhang mit den Flüchtlingstragödien auf dem Mittelmeer. Del Grande gehöre zu den führenden Menschenrechtlern im Bereich illegal eingewandelter Menschen in Europa, teilt das katholische Hilfswerk mit. Der Preis wurde am Freitag an einer Feier im KKL in Luzern verliehen.

Jura kündigt Vertrag zur Statistik

(sda) · Der Kanton Jura wird bei der Statistik künftig mit dem Kanton Neuchâtel zusammenarbeiten, nicht mehr mit dem Kanton Bern. Die jurassische Regierung hat den Leistungsvertrag mit der Fondation interjurassienne pour la statistique (Fistat) gekündigt, die seit 2007 für den Jura und Bern gemeinsam statistische Daten präsentierte. Die jurassische Regierung habe nach den Abstimmungen vom November 2013 über die Zukunft der Region angekündigt, alle Kooperationen mit dem Kanton Bern zu überprüfen, sagt der jurassische Staatskanzler Jean-Christophe Kübler. Schon in einem Bericht von 2014 habe die Regierung geschrieben, sie werde bei der Statistik Alternativen prüfen.

St. Galler FDP-Kantonsrat tritt zurück

(sda) · Einen Tag nach der Kritik der St. Galler FDP an seiner Zahlungsmoral hat sich der FDP-Kantonsrat Paul Schlegel aus der Politik zurückgezogen. Er stehe der Partei auch für die Nationalratswahlen im Herbst nicht mehr zur Verfügung und trete aus dem Vorstand des Vereins «Expo 2027» zurück. Die FDP St. Gallen hatte in einer Medienmitteilung Schlegels Zahlungsmoral als Unternehmer kritisiert. Unter anderem sollen die Sozialbeiträge von Angestellten nicht einbezahlt worden sein. Schlegel hat jedoch versichert, dass mittlerweile «sämtliche finanziellen Forderungen beglichen seien».

Morges erhält «Green Award»

(sda) · Die Gemeinde Morges (VD) ist am Freitag in Bern für ihr Grüngut-Management ausgezeichnet worden. Sie erhielt den mit 5000 Franken dotierten «Green Award» von Biomasse Suisse. Morges habe die Jury durch eine «vorbildliche Dienstleistung beim Sammeln und Rezyklieren von Grüngut, eine hervorragende Information der Bevölkerung und die enge Zusammenarbeit mit dem Verarbeitungsbetrieb» überzeugen können, so die Begründung.

Heikles Spiel des Parlaments

Aus dem «Fall Kasachstan» wird ein «Fall Amtsgeheimnis»

Die SVP will den Fall Kasachstan nicht ad acta legen. Falls Christa Markwalder nicht bestraft wird, wollen sich einzelne SVP-Nationalräte generell nicht mehr ans Amtsgeheimnis halten.

Markus Häfliger, Bern

Offiziell hat das Parlament die Kasachstan-Affäre zu den Akten gelegt. Am ersten Tag der Sommersession stellten die Aussenpolitische Kommission (APK) und das Büro des Nationalrats Christa Markwalder einen Persilschein aus. Zwar habe die FDP-Nationalrätin über eine Lobbyistin Kommissionspapiere nach Kasachstan weitergegeben und damit «formell» das Amtsgeheimnis verletzt. «Materiell» liege aber keine Geheimnisverletzung vor, sagten beide Gremien. Deshalb, sagte Nationalratspräsident Stéphane Rossini (sp., Wallis), sei «die Angelegenheit erledigt».

In der SVP gibt es aber Kräfte, die nicht bereit sind, den Fall einfach so beiseitezulegen. Aus Sicht von Christoph Mörgeli (Zürich) hat das Parlament mit der Absolution Markwalders ein grundsätzliches Problem geschaffen. Er erinnert daran, dass die SVP 2008 das Kommissionsgeheimnis aufheben wollte, aber unterlegen sei. «Deshalb gilt das Amtsgeheimnis, und zwar für alle», sagt er. Man müsse Markwalders Vergehen «zwingend disziplinarisch sanktionieren», so Mörgeli. Das Parlamentsgesetz zählt zwei Sanktionen auf: Entweder spricht das Ratsbüro gegen fehlbare Mitglieder einen Verweis aus, oder es schliesst sie bis zu sechs Monaten aus den Kommissionssitzungen aus. Falls das Büro nicht auf den Entscheid zurückkommt, kündigt Mörgeli Konsequenzen an: «Wenn es sogar in einem derart klaren Fall keine Sanktion gibt, betrachten wir das Kommissionsgeheimnis fortan als aufgehoben.»

Neue Fakten

Mörgelis Argumentation wird durch neue Fakten gestützt, die der «Blick» aufgedeckt hat. Dazu eine Rückblende: Die APK und das Büro des Nationalrats

haben die Nicht-Sanktion Markwalders bisher damit begründet, dass die Informationen zu Kasachstan, die sie weitergab, bereits bekannt gewesen seien. Diese Einschätzung ist durchaus richtig. Was aber die APK und das Büro nicht sagten: Markwalder hat nicht nur Informationen zu Kasachstan weitergeleitet, sondern auch Informationen über zwei unbeteiligte Drittstaaten.

Neben zwei Kasachstan-Fragen hatte Markwalder damals in der APK auch je eine Frage zu Tschechien und zu Bosnien-Herzegowina gestellt. Auch diese Fragen beantwortete das EDA, und die Antworten landeten in russischer Übersetzung in Kasachstan. In der Antwort zu Tschechien berichtet das EDA über diplomatische Interventionen der Schweiz bei der tschechischen Regierung. In der Antwort zu



Christoph Mörgeli Nationalrat (svp., Zürich) Cesla Amarelle Nationalrätin (sp., Waadt)

Bosnien äusserte sich das EDA kritisch über die Minderheitenpolitik und verfassungsrechtliche Mängel dieses Staates und sprach von «Spannungen» zwischen «ethnischen Gruppen». Diese politischen Aussagen waren mit Sicherheit nicht für Kasachstan bestimmt.

Dass Markwalder auch Einschätzungen über Drittstaaten nach Kasachstan weitergeleitet hat, haben die APK und das Büro nicht nur verschwiegen. APK-Präsident Carlo Sommaruga (sp., Genf) erweckte sogar fälschlicherweise den Eindruck, die APK schaffe volle Transparenz, indem sie die von Markwalder weitergeleiteten Antworten im Internet publiziere. Tatsächlich hat die APK aber nur die Antworten zu Kasachstan aufgeschaltet, wie der «Blick» publik machte. Den materiellen Geheimnisgehalt der Informationen zu Tschechien und Bosnien haben die zuständigen Par-

lamentsgremien nicht einmal thematisiert. Warum nicht? Und warum hat die APK nicht alle Antworten veröffentlicht? Als die NZZ mit Kommissionspräsident Sommaruga über diese Fragen reden wollte, reagierte er verärgert: «Ich habe keine Lust mehr, darüber zu reden. Die Sache ist erledigt.»

SP hält sich bewusst zurück

Nicht über die Sache reden will auch der höchste Schweizer. Obwohl viele Parlamentarier verunsichert sind, wie sie sich künftig gegenüber Lobbyisten und Einladungen verhalten sollen, sagte der Nationalratspräsident während der Session dazu kein Wort. In der ersten Sessionswoche stellte Rossini der NZZ ein Interview zu solchen Fragen in Aussicht. Später sagte er auch das Interview ab.

Mit Sommaruga und Rossini spielt die SP bei der Aufarbeitung der Affäre eine entscheidende Rolle. Dabei ist die SP in dieser Sache gespalten. Ein Teil der Fraktion wollte den Fall Kasachstan ohne Rücksicht auf Personen aufarbeiten. Die Oberhand gewannen jedoch die Realpolitiker – jene Fraktionsmitglieder, die Markwalder aus taktischen Gründen schonen wollen, weil sie in ihr eine politische Verbündete sehen.

SP-Nationalrätin Cesla Amarelle (Waadt), Präsidentin der Staatspolitischen Kommission, sieht aber grundlegenden Handlungsbedarf – erst recht nach Mörgelis Drohung, sich gegebenenfalls um das Amtsgeheimnis zu füttern. «Die SVP versucht den Fall Kasachstan zu instrumentalisieren», sagt Amarelle. Für sie ist das Kommissionsgeheimnis wichtig. Ohne Vertraulichkeit werde die Kompromissuche in diesen Gremien erschwert.

Um das Amtsgeheimnis zu retten, fordert Amarelle eine institutionelle Reform. Einen künftigen Fall Markwalder dürfe nicht mehr das Büro behandeln, weil dort nach politischen Kriterien geurteilt werde. In Rekursfällen wäre sogar das Ratsplenum zuständig, wo die Entscheide noch stärker politisiert seien. Als Ausweg schlägt Amarelle vor, dass künftig eine Spezialkommission, bestehend aus Parlamentariern mit juristischen Kenntnissen, solche Disziplinarfälle beurteilen soll.

Das Parlament verabschiedet 28 Vorlagen

Schlussabstimmungen in der Sommersession

(sda) · Mit den Schlussabstimmungen zu 29 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte die Sommersession abgeschlossen. Parlamentarisch unter Dach kamen:

- > mit 107 zu 85 Stimmen und 25 zu 20 Stimmen der Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe», mit dem das Parlament die Initiative zur Ablehnung empfiehlt;
- > mit 123 zu 66 Stimmen und 32 zu 4 Stimmen der Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung», mit dem das Parlament die Initiative zur Ablehnung empfiehlt;
- > mit 146 zu 45 Stimmen und 40 zu 1 Stimme der Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule», mit dem das Parlament die Initiative zur Ablehnung empfiehlt;
- > Erlasse zum Ressourcen- und Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen 2016 bis 2019: mit 140 zu 47 Stimmen und 30 zu 10 Stimmen der Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs und mit 173 zu 15 Stimmen und 41 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Lastenausgleichs;
- > mit 136 zu 57 Stimmen und 36 zu 9 Stimmen das Bundesgesetz über das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspakt, das Sparmassnahmen von 635 Millionen in Frankenvorschlag;
- > mit 137 zu 54 Stimmen und 43 zu 1 Stimme das Finanzmarktinfrastruktur-

- gesetz, mit dem der Handel mit Finanzderivaten strenger geregelt wird;
- > Kulturförderung in den Jahren 2016–2020: mit 136 zu 54 Stimmen und 37 zu 7 Stimmen das Filmgesetz, mit 136 zu 51 Stimmen und 39 zu 6 Stimmen das Kulturförderungsgesetz;
- > mit 137 zu 47 Stimmen und 41 zu 3 Stimmen eine Änderung des Obligationenrechts, die Konsumentinnen und Konsumenten beim Telefonverkauf ein Widerrufsrecht bringt;
- > mit 189 zu 5 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen das Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier, mit welchem Spitäler und Pflegeheime verpflichtet werden, ein elektronisches Patientendossier anzubieten;
- > mit 142 zu 50 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen eine Änderung des Sanktionenrechts;
- > mit 139 zu 52 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen Änderungen im Zivilgesetzbuch, die bewirken, dass im Scheidungsfall Ehefrauen und -männer, die wegen der Betreuung der gemeinsamen Kinder nicht erwerbstätig gewesen sind, bei der Vorsorge bessergestellt werden;
- > die Grundlagen dafür, dass Bundesrichter und Bundesanwälte eine Abgangschädigung von bis zu einem Jahreslohn erhalten können, wenn sie ohne gravierendes Verschulden abgewählt werden: mit 140 zu 54 Stimmen und 42 zu 3 Stimmen eine Verordnung und mit 139 zu 54 Stimmen und 41 zu 3 Stimmen eine Gesetzesänderung;

- > mit 184 zu 4 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen eine Teilrevision des Transplantationsgesetzes, mit welcher Grenzgängerinnen und Grenzgänger bei der Zuteilung von Organen nicht mehr benachteiligt werden;
- > mit 194 zu 0 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen ein Abkommen zur Polizeizusammenarbeit mit Italien;
- > mit 188 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 45 zu 0 Stimmen die Totalrevision des Bundesgesetzes über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport;
- > mit 191 zu 3 Stimmen und 44 zu 1 Stimme eine Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes zur Modernisierung des in der Bundesverwaltung verwendeten Rechnungsmodells;
- > mit 191 zu 0 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen eine Änderung der Parlamentsverwaltungsverordnung, welche die elektronischen Zugriffsprotokolle der Ratsmitglieder betrifft;
- > Änderungen von Doppelbesteuerungsabkommen mit Belgien, Argentinien, Ghana, Island, Zypern, Usbekistan und Estland.
- > Abgelehnt hat der Nationalrat mit 96 zu 92 Stimmen eine Änderung des Parlamentsgesetzes, welche die symbolische Mitsprache des Parlaments bei der Legislaturplanung eingeschränkt hätte. Der Ständerat stimmte in dieser Frage mit 37 zu 4 Stimmen zu. Einer Änderung des Geschäftsreglements des Nationalrats in diesem Zusammenhang stimmte die grosse Kammer mit 97 zu 94 Stimmen zu.



WAHLFÄNGER

Der Name ist Programm

René Zeller · Wir warten ja schon lange darauf, dass die hausbackenen Wahlkämpfe in der Schweiz amerikanisiert werden. Jenseits des grossen Teichs gehören Konfettischlachten, Luftballone und Stars-and-Stripes-Bling-Bling zur propagandistischen Grundausstattung. Was aber vor allem zählt, sind Köpfe, Köpfe, Köpfe. Der Name ist Programm. Hillary kennen sowieso alle. Und neuerdings wissen in den Vereinigten Staaten auch alle, wer Jeb ist. Das ist der Republikaner, der Hillary herausfordert. Einfach Jeb. Der Vorname ist Programm. Dass Jeb mit Nachnamen Bush heisst, wissen zwar auch alle. Doch auf dem Wettlauf ins Weisse Haus will der Bruder von George W. naheliegenderweise vor allem Jeb sein.

Auf das amerikanische Jeb-Hillary-Schnittmuster setzen jetzt auch schweizerische Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Am Zürichsee hat eine Ständeratskandidatin vor kurzem ihre Kampagne gestartet. Die Parole: «Einfach Barbara!» Mehr sollen die Wähler nicht wissen, die simple Botschaft muss genügen: Barbara. Ganz so berühmt wie Hillary ist Barbara allerdings nicht. Sie heisst nebenher noch Schmid-Federer – wobei sie weder mit alt Ständerat Carlo Schmid noch mit alt Bundesrat Samuel Schmid und auch nicht mit Roger Federer verbandelt ist. Ein bisschen mehr Klartext als nur Barbara möchten die Wahlberechtigten deshalb schon wissen – zumal Barbara in der nicht glasklar positionierten CVP politisiert.

Dem Mann, der in Freiburg für den Ständerat kandidiert, billigen wir schon eher einen amerikanischen Wahlkampf zu. SP-Präsident Christian Levrat hat erklärt, er wolle es machen wie Jeb Bush. Sein Trick: Er wird Plakate aufstellen, auf denen in Grossbuchstaben steht: «Levrat». Kein Logo, kein Bild, kein Wahlspruch. Nichts ausser Levrat. Der Name ist Programm.

Fast ganz so wie Jeb – nur einfach mit dem Nachnamen. Christian würde nicht funktionieren. Auf diesen Vornamen hören im Bundeshaus Hinz und Kunz.

Viermaliges Patt im Nationalrat

Rekordzahl an Stichentscheiden

maa. · Nationalratspräsident Stéphane Rossini (sp., Wallis) hat in der zu Ende gegangenen Sommersession wiederholt das Zünglein an der Waage gespielt. Viermal habe er bei wichtigen Fragen einen Stichentscheid fällen müssen, meldeten die Parlamentsdienste am Freitag über den Kurznachrichtendienst Twitter – das sei ein Rekord. Die Stichentscheide betrafen einen Vorstoss zur Legislaturplanung, jeweils eine einzelne Bestimmung beim Finanzmarktinfrastrukturgesetz und bei der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs sowie das Eintreten auf den Gegenvorschlag zur Initiative «Grüne Wirtschaft».

Die Parlamentsdienste beobachten ein bis zwei Stichentscheide pro Session, führen aber keine präzise Statistik, wie sie auf Nachfrage erläutern. Die Häufigkeit von Stichentscheiden habe in den letzten Jahren allerdings sicher zugenommen. Dies passt zum oft gehörten Befund, dass die Mehrheitsverhältnisse im Parlament unklarer geworden sind. Bei vielen Geschäften stehen sich heute ähnlich grosse Lager gegenüber.

Laut Parlamentsgesetz nehmen die Präsidenten von Nationalrat und Ständerat nicht an Abstimmungen teil, fällen aber nötigenfalls den Stichentscheid. Sie geben zudem dann ihre Stimme ab, wenn statt einer Mehrheit der Stimmenden eine Mehrheit der Ratsmitglieder erforderlich ist (namentlich bei Dringlicherklärungen und beim Lösen der Ausgabenbremse). Auch nehmen sie an Wahlen teil.